

21.06.2001 Hilfe

tagesschau

[Zurück](#)
[Wahlung](#)
[Wichtigste](#)
[Nächste](#)

Suche

Archi

weil

> Strahl
NVA-S



Radaranlage der Bundeswehr

- Real Video
- Druckversion
- Versenden

Scharping kündigt Entschädigungen für Radarstrahlen-Opfer an

Strahlenopfer in der Bundeswehr können nach jahrelanger Unsicherheit nun auf schnelle Entschädigungen hoffen. Verteidigungsminister Rudolf Scharping kündigte "streitfreie und großzügige" Regelungen möglichst noch in diesem Jahr an.

Zur Höhe der Entschädigungszahlungen sagte der Verteidigungsminister jedoch nichts. Berliner Rechtsanwälte, die 125 ehemalige Radarmechaniker vertreten, fordern für jeden der Betroffenen eine Summe in sechsstelliger Höhe.

Nach dem Untersuchungsbericht, den Scharping in Berlin vorstellte, waren in den sechziger und siebziger Jahren Soldaten an Radargeräten krebsauslösender Röntgenstrahlungen ausgesetzt. Grund sei die unzureichende Abschirmung der Geräte. Bislang wurden 250 Anträge auf Anerkennung von Wehrdienstbeschädigung gestellt. Die Zahl der Kranken soll aber weit höher liegen. Mehrere Soldaten, die an Radargeräten arbeiteten, sind inzwischen gestorben.

Die Arbeit unter Einfluss von radioaktiver Strahlung habe stattfinden können, da das Gefahrenbewusstsein damals nur gering ausgebildet gewesen sei, hieß es in dem Bericht. So habe noch bis 1973 die unzureichende Röntgenverordnung aus dem Jahr 1941 gegolten. Es habe aber auch Fälle gegeben, in denen Vorgesetzte ihre Kompetenzen überschritten und eigenmächtig Sicherheitsvorschriften außer Acht gelassen hätten.

Scharping kündigte an, er werde das Gespräch mit den Opfern und ihren Vertretern suchen. Das Verteidigungsministerium richtete unter der Nummer: 0228 / 942 5000 eine Info-Hotline zu den Radarschäden ein.

Der CDU-Verteidigungsexperte Paul Breuer forderte in einer ersten Reaktion die Umkehr der Beweislast zu Gunsten der Betroffenen. Die bisherige Praxis, das die Geschädigten die Gründe für ihre Erkrankung in langjährigen Verfahren selbst nachweisen müssen, sei unerträglich, sagte er.

"Keine Gefahr durch Uran-Munition"

Zu möglichen Gesundheitsschäden von Soldaten auf dem Balkan durch Munition mit abgereichertem Uran gab die Untersuchungskommission hingegen

Entwarnung. "Es bestand keine Gefahr für unsere Bundeswehrsoldaten auf dem Balkan, und es besteht keine Gefahr", sagte Kommissionsleiter Theo Sommer. Das gelte nach Auffassung der Kommission auch für die Zivilbevölkerung vor Ort.

Einen Zusammenhang zwischen der Munition und Krebserkrankungen wies Sommer zurück. Es sei nichts "versäumt oder vertuscht worden", betonte Sommer. Dem Verteidigungsministerium warf er aber eine "unglückselige Informationskampagne" vor. Anfang des Jahres hatten ungewöhnlich viele Leukämie-Erkrankungen bei SFOR- und KFOR-Soldaten anderer Staaten für Aufregung gesorgt.

[< Home](#)

[▲ Seitenanfang](#)

© ARD-aktuell